

INDONESIEN

Bevölkerung	: 161 Mio.	Luftstreitkräfte	: 25 100
Militärdienst	: 2 J. (selektiv)	Kampfflugzeuge	: 68
reguläre Streitkräfte (gesamt)	: 281 000	(u.a. bestellt (Transportflugz. (Hubschrauber	: 43) : 12)
geschätzte Verteidigungsausgaben	:	andere milit. Einheiten	:
1983-84	: 2,53 Mrd. US\$	KOSTRAD*	: 16 500
1984-85	: 2,42 Mrd. US\$		-19 000
Armee (10 region. Militärkomm.)	: 210 000	KOPKAMTIB*	: o.A.
bewaffn. Kampffahrzeuge	: 686	KOPPASSANDHA*	: 4 000
Flugabwehrkanonen	: 3	Paramilitärische Kräfte	:
(u.a. bestellt (leichte Panzer (Hubschrauber	: rd. 82) : 1)	mobile Polizeibrigade (organisiert in Kompanien)	: 12 000
Seestreitkräfte (incl. See-Luftstreitkräfte u. Marine)	: 36 950	Miliz	: rd. 70 000
U-Boote	: 2	Küstenwache	: o.A.
Fregatten	: 13	Zoll	: o.A.
Kampfflugzeuge	: 19	zivile Verteidigungskräfte	: Mio registriert
Kampfhubschr. (u.a. bestellt (U-Boot (Fregatten (Schnellboote (Hubschrauber	: 14) : 1) : 3) : 8) : rd. 20)	maritimes Sicherheitskommando	: o.A.

Quelle: International Institute of Strategic Studies, London
vgl. Asia Yearbook 1986 (FEER), S.29 (selektiver Auszug)

Zur Klassenanalyse des indonesischen militärbürokratischen Staates

Im Gegensatz zur "klassischen" Entwicklung des Kapitalismus in West-Europa und den USA geht in den nach-kolonialen Gesellschaften der Dritten Welt die Verbreitung des Kapitalismus nicht mit der Herausbildung einer liberalen bürgerlichen Gesellschaft einher, sondern die Entwicklung des Kapitalismus resultiert in der Herausbildung eines militärbürokratischen Staates.

Besonders deutlich wird die Tatsache in Indonesien, wo dies durch die Transformation der indonesischen Wirtschaft erklärt werden kann.

Ogleich davon ausgegangen werden kann, daß das Kapital in Indonesien überwiegend in den Händen von Ausländern und (ansässigen) einheimischen Chinesen liegt, so bildet jedoch keines dieser beiden Gruppen die herrschende Klasse in Indonesien. Der Kapitalismus hat in Indonesien vier Arten der Bourgeoisie hervorgebracht, die untereinander um die Macht im Staat konkurrieren.



Es handelt sich dabei um folgende:

1. Die "asli" (einheimisch islamische) Handelsbourgeoisie im Kleinhandel und der Produktion von Konsumgütern für den Binnenmarkt.
2. Der Zusammenschluß von (zivilen) Bürokraten, Studenten und Intellektuellen, die sich für einen "legalen" Staatskapitalismus einsetzen.
3. Die Militär-Bürokratie als bürokratische Kapitalisten.
4. Die "asli" (einheimisch, nicht-chinesische) Klientel-Bourgeoisie.

Der Untergang der islamischen Handelsbourgeoisie

Die islamische Handelsbourgeoisie war früher als einzige "einheimische" Bourgeoisie stark am Handel, der Produktion von Konsumgütern (Textil, Batik und Kretek-Zigaretten) und am Landbesitz beteiligt.

Ihre traditionelle Rolle wurde bereits früh in der Kolonialzeit durch die holländische Handelshäuser und die chinesischen Kaufleute zurückgedrängt. Die Holländer kontrollierten den Fernhandel, später die Banken, Plantagen, Schifffahrt

Kommune

Forum für Politik und Ökonomie

HEFT 3/86:

KOMMUNE-THEMA

Grüne oder offene Gesellschaft

SCHWERPUNKT

Südschiene: Landwirtschaftskrise und Perspektiven ihrer Neuordnung · Späths Technozauber · Gewerkschaften und Technik: Den Tiger reiten

GERND KOENEN

Notizblätter aus Ungarn

DIETER SCHÄFER

Alternative Energiepolitik in den USA. Was andere Kommunen von Davis lernen können

GUNHILD SCHÖLLER

Grüne und Feministinnen. Lohnt die Arbeit?

JOSCHA SCHMIERER

DDR: Mensch, Funktionär, Frauen

STAMMHEIM

Die Geschichte nicht den Feuilletons überlassen

KOMMUNE-DEBATTE

Ladenschlußgesetz · Deutschlandpolitik · Grüne Wirtschaftstheorie ohne Rot?

KOMMUNE-MAGAZIN

Sicherheitsgesetze · Psychiatriepolitik · Waffenhändler · Wahlaussagen · Müllnotstand · Ökologie in China · Auto-Auto · Mafia

80 Seiten · 6 DM · Jahresabo 66 DM
Erhältlich im Buchhandel

Probehefte anfordern bei:

Buchvertrieb Hager,

Postfach 111162

6000 Frankfurt 1

Ich möchte ein »Kommune«-Probeheft kostenlos und unverbindlich

Name

Straße

Ort

St.

und den Bergbau, während die chinesischen Kaufleute als Vermittler zu den einheimischen Produzenten auftraten. Letztere waren daher die schärfsten Konkurrenten für die islamischen Kaufleute.

Obleich es schon früh vor der Unabhängigkeit Forderungen dieser "asli" Bourgeoisie nach Schutz vor den Ausländern und vor allem auch den chinesischen Kaufleuten gab, blieb selbst nach 1949 der ökonomische Einfluß der Holländer und der Chinesen erhalten. Sie dominierten bei Investitionen in mittlere oder große Unternehmen. Auch politisch hatte die "asli" Bourgeoisie keine ausreichende Machtbasis, um ihre Interessen durchsetzen zu können.

Ökonomische Veränderungen nach der Unabhängigkeit zielten im Rahmen von sozialistisch/nationalistischer Umgestaltung auf die Herausbildung eines staatskapitalistischen Sektors. Der Schutz und die Unterstützung einer "asli" unternehmerischen Bourgeoisie wurde nur sehr halbherzig von den Regierungen angegangen und ein freies Unternehmertum konnte sich in diesen Schichten nicht herausbilden und weiterentwickeln.

Die Förderung des Staatskapitalismus unter Sukarno ab 1957 entzog dem einheimischen freien Unternehmertum den letzten Schutz und Entwicklungsmöglichkeiten, die in der ersten Hälfte der 50er Jahre noch durch ein (Benteng) Programm in Ansätzen der staatlichen Wirtschaftspolitik gewährt wurden.

Obwohl nach 1965 die Wirtschaftspolitik der Machthaber der 'Neuen Ordnung' sich gegen die Entwicklung eines Staatskapitalismus richtete, förderte sie auch nicht die einheimischen 'asli' Unternehmen. Die Politik der Technokraten der "Neuen Ordnung" war durch ein Einsatz von großen ausländischen Investitionen und Technologie auf maximales Wirtschaftswachstum ausgerichtet. Sie richtete sich gegen jede Subventions- oder Schutzpolitik gegenüber den einheimischen Unternehmern und ging davon aus, daß durch die großen ausländischen Investitionen die einheimischen Unternehmen davon profitierten und ihre Weiterentwicklung über den Markt stimuliert würde.

Das Gegenteil war der Fall. Die neue Wirtschaftspolitik führte dazu, daß nun selbst die traditionell einheimischen "asli" Bereiche wie Batik, Textil, Nahrungsmittel und Kretek-Zigaretten von chinesischem bzw. ausländischem Kapital übernommen wurden. Bereits bestehende Unternehmen wurden aber nicht unterstützt, eben gerade die Bereiche, in denen die einheimischen Unternehmer bereits seit Jahrzehnten saßen. Politische Unruhen veranlaßten Anfang der 70er Jahre die Regierungen, Maßnahmen zu ergreifen, die den "asli"-Unternehmen

einen gewissen Schutz boten. Aber diese Maßnahmen wurden sehr halbherzig vorgenommen.

Die traditionellen "asli" Kaufleute und Produzenten sehen sich zwei ökonomischen und politischen Kräften gegenüber, die ihren Untergang bedeuten.

Zum einen sind es die Wirtschaftsplaner der "Neuen Ordnung", deren Hauptinteresse maximales Wirtschaftswachstum ist. Die Einführung von ausländischem Kapital und Technologie sehen sie als Anreiz und Anregung zur Weiterentwicklung der einheimischen Unternehmen. Den fortschreitenden Untergang einheimischer Unternehmen begreifen sie als kulturellen Widerstand gegenüber dem eindringenden Kapitalismus und nicht als strukturelle Konsequenz der ausländischen Investitionen, die die mit Kapital und Technologie schwach ausgestatteten einheimischen Unternehmen verdrängen müssen.

Zum anderen sind es die politisch-bürokratischen Eliten im Staatsapparat, die durch Lizenzen, Verträge, Kredite und sonstige Konzessionen dem ausländischen Kapital im Land den Weg bereiten. Diese Eliten profitieren unmittelbar vom ausländischen Kapital indirekt oder auch als Partner in "joint ventures".



Staatskapitalismus

Die frühen Vorstellungen einer Wirtschaftspolitik bei den Parteien PSI, PNI und Masjumi waren stark mit sozialistischen Ideen durchsetzt. Obleich diese sehr unterschiedlich und verwässert waren, richteten sie sich eindeutig gegen die wirtschaftliche Dominanz der Holländer. Dabei setzten sie weniger auf die einheimische "asli" Bourgeoisie als auf den Staat selbst, um eine gewisse wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erreichen.

Der Staat sollte alle strategisch wichtigen Bereiche der Wirtschaft kontrollieren. So wurden bereits zwischen 1949 und 1957 ein staatliches zentrales Banksystem und einzelne Wirtschaftsunternehmen im Bereich des Handels und der Produktion aufgebaut. Die Nationalisierung holländischer Unternehmen erfolgte ebenfalls in Form der Überführung in Staatsunternehmen im Bereich der Schifffahrt, der Plantagen, des Handels und auch - weniger - in der Industrie. Der Staatskapitalismus war das zentrale Glied in der Zeit der "Guided Economy" (gelenkte Wirtschaft) bis 1965.

Obleich der Putsch und die Absetzung Sukarnos 1965 einen großen Teil der Verstaatlichungen ausländischen Besitzes rückgängig gemacht hatte, so daß 1975 ausländische Unternehmen den Bergbau, die Forstwirtschaft und zunehmend importsubstituierende Bereiche, insbesondere die Textilbranche, wieder dominierten, existieren eine große Anzahl von Staatsunternehmen in wichtigen Bereichen weiter (so Pertamina-Öl, Aneka Tambang und Timah (Bergbau, Perkebunan-Plantagen, Gresik Gaya und andere in der Fertigungsindustrie). Die Kontrolle bestimmter strategischer Bereiche in der Wirtschaft wurde nach wie vor als nationales Interesse betrachtet. Außerdem stellten sich die Staatsunternehmen als zusätzliche Einkommenspfünde für eine gewisse Militärbürokratie heraus, die die Generale natürlich nicht abgeben wollten.

Bürokratischer Kapitalismus

Während Staatskapitalismus ein Produkt einer rationalen oder legalen bürokratischen Autorität ist, ist der bürokratische Kapitalismus ein Produkt ererbter bürokratischer Autorität (= Macht), wo die Grenze zwischen dem Dienst an der Öffentlichkeit und dem privaten Interesse am besten verwischt wird. Vererbte bürokratische Macht hat ihre Ursprünge in den vorkolonialen javanischen Königreichen, wo der König die verschiedenen Einnahmequellen an seine Unterstützer, Klientele und Familie verteilte. Ein Staatsamt war selbst schon eine Einkommensquelle (Apanage), welche dem Amtsinhaber erlaubte, die privaten politischen und finanziellen Vorteile zu seinen Gunsten zu nutzen. Solch ein traditionelles System von Apanagen ließ sich gut in eine kapitalistische Wirtschaft integrieren. So waren alle Ämter, die mit der Vergabe von Lizenzen oder Konzessionen zur Ausbeute von mineralischen oder landwirtschaftlichen Rohstoffen, oder für Import bzw. Export betraut waren, oder die staatliche Bau- bzw. Versorgungsaufträge vergaben oder auch für Kredite bei der Staatsbank verantwortlich waren, besonders lukrativ.

Der bürokratische Kapitalismus entwickelte sich anfänglich mit dem Anwachsen der Staatsunternehmen. Da diese meist dem Militär unterstellt wurden - insbesondere bei der Nationalisierung der holländischen Unternehmen 1957/58 - waren es die Militärs, die zunehmend damit auch mit ökonomischer Macht versehen waren. Durch das staatliche Monopol in verschiedenen Wirtschaftsbereichen konnten sie den legalen Zugang zum Markt kontrollieren. Ihr Interesse war es, Einkommensquellen zu haben, mit denen das Überleben als politische Fraktion, Familie oder sogar als Regierung gewährleistet wird.

Später nach der Reprivatisierung eines Teils der verstaatlichten Unternehmen blieb den Militärs auf lokaler und regionaler Ebene weitestgehend die Kontrolle über den Zugang zum Markt bzw. Lizenzen zur Ausbeute von Rohstoffen und Aufbau von Unternehmen. Die weiterhin existierenden Staatsunternehmen nahmen selbst häufig nicht die Ausbeute von Rohstoffen vor oder kontrollierten direkt produzierende Unternehmen, sondern gaben die Konzessionen bzw. Genehmigungen weiter an ausländische, chinesische oder auch joint venture Unternehmen, an denen sie oder andere von ihnen begünstigte beteiligt sind.

Die staatliche Öl-Gesellschaft Pertamina, die alleiniges Monopol über die Öl-Förderung in Indonesien hat, ist ein gutes Beispiel für das Funktionieren eines bürokratischen Kapitalismus. Anders als ein privates Unternehmen oder ein staatlicher Betrieb förderte Pertamina kein Öl, sondern verkaufte die Lizenzen an ausländische Unternehmen, die dann im Auftrag von Pertamina arbeiten. Solche Unternehmen waren also nicht weiter an Kapitalakkumulation und produktiven Investitionen interessiert, sondern lediglich an einer funktionierenden Einkommensquelle zum Ausbau der Machtpositionen im Staat.

Allerdings hat die "New Order"-Politik auch dazu geführt, daß die verschiedenen dominierenden politisch-bürokratischen Gruppierungen private Firmen gegründet hatten, die im Handel z.T. die Monopolpositionen übernahmen, welche früher staatliche Unternehmen hatten. Meist werden solche Unternehmen zusammen mit ausländischem oder chinesischem Kapital gegründet, wobei letztere vor allem das eigentliche Kapital, die Technologie und das know-how einbringen, sowie die eigentliche Initiative zu Investitionen und Produktion. Die Zusammenarbeit besteht sozusagen in einem Tausch zwischen Zugang zum Markt gegen Anteil am Produkt.

Die bürokratischen Kapitalisten sind somit weder an der Änderung des Staatsapparates noch an einer Zurückdrängung des ausländischen

Kapitals (oder chinesischem) interessiert, da beide für ihre bisherige Art des Überlebens notwendig sind. Die konkrete Entwicklung dieser "Zusammenarbeit" zwischen Militär und chinesischem bzw. ausländischem Kapital wird deutlich am Beispiel der Suharto-Familie. So sind z.B. eine Reihe von chinesischen Unternehmen, die 1965 untergeordnete Bedeutung hatten, erst durch die Zusammenarbeit zu nationaler Bedeutung aufgestiegen.

Die Frage ist, inwiefern diese bürokratischen Kapitalisten nur so lange Einfluß auf die Ökonomie haben, wie sie auch bestimmte Ämter besetzen und ob diese Familien und Gruppen nicht nach Abtritt von diesen Ämtern ökonomisch bedeutungslos werden.

In den meisten Fällen kann davon ausgegangen werden, daß der Einfluß dieser bürokratischen Kapitalisten eng mit ihren politischen Posten verknüpft ist und daß mit dem Verlust von letzterem auch ihre ökonomische Bedeutung schwindet, da sie meist nicht Anteilhaber an dem produktiven Kapital sind. Es gibt allerdings einige Hinweise dafür, daß in den 70er Jahren die einflußreichsten Familien über ziemlich hohe Kapitalsummen verfügten, die auch produktiv investiert wurden. Allerdings geht der größere Teil dieses Kapitals in den Erwerb von Land und Immobilien, die auch nach dem Verlust von politischem Einfluß durch die Ämter Einkommen versprechen, ohne selbst dabei unternehmerisch tätig werden zu müssen. Damit konstituieren sie aber **keine** neue Bourgeoisie, sondern eine neue Klasse von Rentiers. Sie tasten die Vorherrschaft des ausländischen oder chinesischem Kapitals im Handel, dem Bergbau oder der Produktion nicht an, sondern sind zu den Hauptnutznießern der neuen Möglichkeiten von Bodenspekulation geworden, die durch die Ausdehnung des Kapitalismus entstanden ist.



Die Klientel Bourgeoisie

Der einheimische (nicht-chinesische) Klientel Kapitalist ist selber kein Amtsinhaber mit politischer Macht, sondern hat seine "Partner" (Patrons) in der Bürokratie, die ihm wesentliche Bedingungen zur Führung seines Unternehmens ermöglichen.

Einige der chinesischen Unternehmensgruppen sind auch als Klientel-Kapitalisten zu bezeichnen.

Die wichtigsten klientelen Unternehmensgruppen sind allerdings "asli" (einheimisch).

Insgesamt haben diese Klientel Kapitalisten keine wirklich wichtige soziale und ökonomische Position erringen können, aus den drei folgenden Gründen:

1. Die meisten Konzessionen und Lizenzen, die durch politische Ämter vergeben werden konnten, gingen an ausländische oder chinesische Unternehmen.



HWS '79

2. Viele Klientel Kapitalisten haben es vorgezogen, Makler von Konzessionen und Lizenzen zu werden, als ihre Verbindungen in produktiven, längerfristigen Investitionen zu nutzen. Die politische Instabilität in Indonesien macht es naheliegender für diese Gruppe, ihre Vorteile aus Verbindung u.ä. möglichst kurzfristig profitabel zu nutzen.

3. Der Niedergang des "Partners" im Amt hatte in der Regel für solche einheimischen Kapitalisten verheerende Folgen und bedeutete auch ihren Untergang. Obgleich ähnliche Beziehungen zwischen Amtsinhabern und ausländischen bzw. chinesischen Unternehmen bestehen, können diese Gruppen aufgrund einer eigenen Kapitalbasis und eigenständigen Kontrolle über Handel und Finanzierung den Niedergang eines "Partners" im Amt besser auffangen.

Aufgrund des Wesens dieser Klientel-Kapitalisten und der Vorherrschaft von ausländischem und chinesischem Kapital in Indonesien bleiben sie von untergeordneter Bedeutung und sind überall dort zu finden, wo es um kurzfristige profitable Gewinne durch Spekulation geht, solange günstige politische Bedingungen für sie gegeben sind.

Schlußfolgerungen

Die Machtverteilung unter den herrschenden Gruppen in Indonesien entspricht dem dort entwickelten Kapitalismus. Die Generäle müssen als integraler Bestandteil eines vom Ausland dominierten Kapitalismus gesehen werden. Ihre politischen Machtpositionen können sie nur aufrechterhalten mit den Geldern, die sie von ausländischen bzw. chinesischen Kapitalisten erhalten, denen sie im Gegenzug den ungestörten Zugang zu lukrativen Märkten und Quellen mit billigen Rohstoffen ermöglichen. Während einerseits die einheimischen islamischen Kaufleute eine (schwache) Opposition gegen den bürokratischen Militärstaat bilden, so sind es zum wesentlichen Teil heute die Intellektuellen und Studenten. Ihr Hauptanliegen ist die Dominierung der indonesischen Wirtschaft durch ausländisches Kapital und große soziale Ungleichheit. Ihre Opposition am bürokratischen Kapitalismus drückt sich in der Opposition zur Korruption aus.

Letztere Opposition muß aber auch verstanden werden aus ihrer sozialen und politischen Stellung innerhalb der Gesellschaft. Waren sie bis 1965 noch im wesentlichen integriert in die Machtverteilung durch Massenorganisationen, so haben sie heute kaum weitergehende Chancen, politischen Einfluß auf der Grundlage ihres Wissens und der Ausbildung zu bekommen, sondern müssen sich mit untergeordneten Posten als Berater oder Technokraten begnügen.

Der militärisch bürokratische Staat muß im Rahmen einer peripheren Ökonomie als logische Synthese zwischen vorkapitalistischer politischer Kultur und kapitalistischer Entwicklung in Indonesien gesehen werden, und nicht einfach als eine Abweichung oder ein zeitweiliges Hindernis für bzw. von dem normalen Entwicklungsdruck des klassischen Kapitalismus.

IMBAS

Nummer 3

Zeitschrift für Menschenrechte
in den ASEAN-Staaten
Herbst 1985

AUS DEM INHALT:

- | | |
|--------------|--|
| Indonesien: | <ul style="list-style-type: none"> ● Union Carbide verseucht Bucht von Jakarta ● 17. August mal anders ● Schicksal von nach Arabien exportierten Frauen |
| Malysia: | <ul style="list-style-type: none"> ● Usun Apao – verlorenes Paradies ● Mammut-Stausee geplant ● Kautschuk – der Stoff, aus dem die Reifen sind |
| Thailand: | <ul style="list-style-type: none"> ● Sextourismus + Frauenhandel ● Besuch in Nakhon Sawan |
| Philippinen: | <ul style="list-style-type: none"> ● Streik bei Triumph-Manila ● Haltet Olongapo sauber |

Darüberhinaus enthält die Zeitschrift die Rubriken: Solidaritätsarbeit – Kurzmeldungen – Kochrezept – Buchbesprechungen und weiteres.
(Preis DM 5,-)

Bestellung durch Vorauszahlung auf unser Konto: IMBAS c/o. M. Rings, Kto.-Nr. 247 437-609, Postscheckkonto Frankfurt/M. (genaue Adresse auf Überweisungsformular angeben!)

Es wäre nett, wenn Sie uns auch mitteilen, woher Sie IMBAS kennen.

Unsere Adresse: IMBAS, Postfach 111131, 63 Giessen (West-Germany)

(Der Artikel ist eine inhaltliche Zusammenfassung eines Aufsatzes von P. Robison, "Towards a Class Analysis of the Indonesian Military Bureaucratic State", der bereits 1978 in der Zeitschrift "Indonesia" Nr. 25 (Ithaca), S. 17-39 erschienen ist. Es handelt sich bei dem Aufsatz um eine Zusammenfassung seiner Doktorarbeit mit dem Titel »Capitalism and the Bureaucratic State in Indonesia: 1965-1975«. Ein weiterer interessanter Artikel von R.J. Robison mit dem Titel »The Transformation of the State in Indonesia« erschien 1982 im Bulletin of Concerned Asian Scholars, Vol. 14, Nr. 1. Die zusammenfassende Übersetzung wurde von P. Franke angefertigt.)

